

## 15 Jahre Einheit Deutschlands – eine Bilanz des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden

von Dr. Wolfgang Stuchly

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) hatte seine gegenwärtig 24 Mitgliederverbände für den 29. September 2005 zu einem Kolloquium in die Räumlichkeiten der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) in Berlin-Lichtenberg eingeladen. Anliegen war die sachlich – kritische Bilanz über den 15-jährigen Einigungsprozess nach dem Anschluss der DDR an die BRD und eine erste Einschätzung der Ergebnisse der Bundestagswahl vom 18. September 2005 durch Vertreter seiner Mitglieder. ISOR e.V. war mit einer Delegation unter Leitung des Vorsitzenden Horst Parton vertreten. Von den zu einer Pressekonferenz geladenen 32 Medien waren nur wenige befreundete Printmedien erschienen. Deutlicher konnte

die bereits hinlänglich bekannte Arroganz und Ignoranz gegenüber der Lage der Menschen und der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland nicht demonstriert werden. ISOR e.V. übergab zum Thema eine Presseerklärung (siehe unten). In dem einleitenden Referat zog der Präsident des OKV, Prof Dr. Siegfried Prokop, auf der Grundlage der Zuarbeit der Mitgliederverbände eine "ungeschminkte Bilanz des 15-jährigen Einigungsprozesses". Das Ergebnis seiner Analyse war eine vernichtende Abrechnung mit der an koloniale Eroberungen erinnernde Einverleibung und Delegitimierung der DDR. Wesentliche Merkmale dieses Prozesses seien Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Vergeisung, Werteverfall, Entsolidarisierung

sowie Lügen und Verleumdungen über Menschen und Geschichte Ostdeutschlands. Prof. Prokop zitierte einige Bürger- und Medienstandpunkte, wie z.B. "Mit der Einheit kam die Gemeinheit" oder "Aus dem Aufschwung Ost wurde der Absturz Ost in eine unterentwickelte Region". Sichtbare und aner kennenswerte Fortschritte, z.B. in der Bau sanierung und Infrastruktur könnten aber nicht losgelöst von Konkurrenzdenken und Profitstreben gesehen werden. In der Dis kussion nahmen Vertreter der Verbände sachlich-kritisch, konstruktiv, verschiedent lich auch zukunftsorientierend zu Einzelfragen des Einigungsprozesses aus ihrer Sicht Stellung. Prof. Ernst Bienert erläuterte z.B. ein von ihm und Prof. Axel Azzola erarbei tetes alternatives Zukunftskonzept zur Reform der Kranken, Pflege- und Rentenversiche rung und deren Finanzierung.

Der ISOR-Vorsitzende Horst Parton informierte die Anwesenden über die mit ande ren betroffenen Verbänden abgestimmte Konzeption zur Beseitigung von verblieben en, bzw. neu geschaffenen Rentenstraf recht und Versorgungsungerechtigkeiten, wozu auch andere Diskussionsredner sprachen. Das Präsidium des OKV beschloss, Ein gangsreferat und Diskussionsbeiträge als zusammengefasste Dokumentation den Mit gliedsverbänden zur Verfügung zu stellen, um eine gründliche Auswertung dieses be deutenden Kolloquiums zu ermöglichen.

### Presseerklärung

#### der ISOR e. V. anlässlich eines Kolloquiums des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) zum 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD und zum Ausgang der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005

Die aktuelle gesellschaftliche Situation in Deutschland zwingt uns zu folgender Einschätzung:

1. Die Hauptakteure der etablierten Parteien haben bei den Menschen im Lande, vor allem in Ostdeutschland, an Vertrauen verloren. Die Menschen haben Sorgen und Angst um ihre Zukunft. Die Erhaltung und Sicherung des Friedens, das Recht auf Arbeit, Chancengleichheit in der Bildung, gesundheitliche Betreuung, gerechte Altersversorgung u. a. sind zunehmend bedroht oder werden verweigert. Die Würde der Menschen ist in Frage gestellt.
2. Das Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Bundestag lässt den Willen der Wähler nach einer Politik ohne Neoliberalismus und für soziale Gerechtigkeit erkennen.
3. Der Einigungsprozess ist im Hinblick auf die innere Einheit bisher gescheitert. Noch immer werden große Gruppen ehemaliger DDR-Bürger politisch, gesellschaftlich, beruflich und sozial ausgegrenzt, diskreditiert und ungleich behandelt.

4. Die sachliche Anerkennung der Geschichte der DDR wird abgelehnt. Der Respekt gegenüber den Biografien ehemaliger DDR-Bürger und Verantwortungsträger, ihrer Arbeit, Leistung und Qualifikation wird vielfach verweigert. Ehemalige Mitarbeiter der Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane der DDR unterliegen nach wie vor einer permanenten Hetz- und Verleumdungskampagne durch Politiker, Medien und professionelle Antikommunisten. Ausdruck dafür war kürzlich die Entscheidung über das AAÜG-Änderungsgesetz im Deutschen Bundestag, wo außer den beiden mutigen PDS-Frauen die Abgeordneten aller Parteien für die Beibehaltung bzw. Erweiterung des Rentenstrafrechts stimmten, obwohl das Bundesverfassungsgericht eine andere Entscheidung getroffen hatte.

Für viele Bürger stellt sich die Frage: Wie soll es weitergehen in Deutschland? Wer ist in der Lage und bereit, Reformen – die diesen Namen verdienen – durchzusetzen und erforderliche Entscheidungen zu treffen?

ISOR e. V. erklärt im Namen seiner nahezu 25.000 Mitglieder, deren Angehörigen und vieler Tausend Sympathisanten seine uneingeschränkte Zustimmung zur gemeinsamen Erklärung von Verbänden des Ostdeutschen Kuratoriums zum 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD, in der eine nüchterne Bilanz des Einigungsprozesses gezogen wird.

ISOR e. V. fordert die neu gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, sich umgehend und nachhaltig für die Beseitigung der Defizite, Versäumnisse, Fehlentwicklungen und Entartungen bei der Herstellung der Einheit Deutschlands einzusetzen.

Dazu gehört aus unserer Sicht vor allem:

1. Die Beendigung der beleidigenden, anmaßenden und die Würde der Menschen verletzenden Beurteilungen der Geschichte und der Menschen in Ostdeutschland. Schluss mit der Hetze und Verleumdung gegenüber ehemaligen Verantwortungsträgern der DDR!
2. Reformen und Veränderungen auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sind so zu konzipieren, dass soziale Gerechtigkeit und Ausgewogenheit gewahrt und Belastungen differenziert auf breite Schultern übertragen werden. Das noch be-

➤ Fortsetzung auf Seite 2

**> Fortsetzung von Seite 1**

stehende Rentenstrafrecht sowie die Ungleichbehandlung und die Ungerechtigkeiten gegenüber Ostdeutschen sind zu beenden.

3. Parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen und Vorschläge von Parteien, Organisationen, Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen in den genannten Richtungen sollen durch Parlament und Regierung unvoreingenommen zur Kenntnis genommen und sachlich im Interesse der Menschen geprüft werden.

4. Von den Mitgliedern der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag erwarten wir, dass

sie ihre parlamentarischen Möglichkeiten und mit ihrer Teilnahme an außerparlamentarischen Aktionen ihre politische Autorität dafür einsetzen, Ungleichbehandlung, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung ehemaliger DDR-Bürger zu beseitigen.

ISOR e. V. wird seinen Kampf um soziale Gerechtigkeit im Sinne des Grundgesetzes der BRD im solidarischen Verbund mit zahlreichen Gleichgesinnten konsequent fortsetzen.

Berlin, den 28. September 2005

**Bei anderen gelesen**

Aus der GBM-Monatszeitung „Akzente“:  
**Kampf gegen Rentenstrafrecht wird fortgesetzt**

Unter dieser Überschrift informierte die Septemberausgabe der GBM-Monatszeitung über eine Zusammenkunft von ca. 50 vom Rentenstrafrecht Betroffenen mit Vertretern des GBM-Vorstands. Darin heißt es u. a.:

... Prof. Dr. Bienert informierte einleitend über Inhalt und Entstehung des neuesten Gesetzes zur Änderung des AAÜG, das am 1. Juli 2005 in Kraft trat (BGBl. vom 24. Juni 2005). Er hob hervor, dass dieses Gesetz das Ergebnis einer großen Koalition ist, die wiederum nicht bereit war, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts anzuerkennen und das seit 1991 fortdauernde Rentenstrafrecht zu beenden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die These von angeblich überhöhten und nicht durch Leistung begründeten Entgelten nun schon zum zweiten Mal zurückgewiesen hatte, wurde durch die Regierungskoalition im Verein mit CDU/CSU und FDP eine neue Lüge in die Welt gesetzt, die zur Begründung des erneuten Verfassungsverstoßes herhalten soll: Die jetzt im Gesetz in neun Punkten aufgeführten Staats- und Parteifunktionäre seien angeblich gegenüber dem MfS weisungsbefugt gewesen und dürften deshalb rentenrechtlich nicht besser behandelt werden als die ehemaligen MfS-Mitarbeiter selbst. Dabei wurde unterstellt, dass die pauschale Rentenkürzung bei den ehemaligen MfS-Mitarbeitern verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden sei, und es wurde der Eindruck erweckt, als hätte das Bundesverfassungsgericht durch seine bisherigen Urteile eine solche Lösung vorgegeben...

Die Beratungsteilnehmer waren sich darin einig, dass der Kampf gegen die verfassungswidrige Rentenkürzung entschlossen fortgesetzt werden muss...

Die Beratungsteilnehmer erklärten ihre Bereitschaft, über wichtige Entwicklungen und auftretende Besonderheiten den GBM-Vorstand zu informieren. Dieser wird die Informationen

auswerten und allen Beteiligten zur Verfügung stellen. Es ist die feste Überzeugung aller, dass ein konsequentes und koordiniertes Handeln aller Beteiligten den weiteren Kampf gegen das Rentenstrafrecht zu einem erfolgreichen Ende führen wird.

**Ernst Bienert**

\*

Aus der **Presseinformation der Volkssolidarität Nr. 79/05:**

**Erklärung des Präsidenten der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, zum Ergebnis der Bundestagswahlen 2005**

... Wir wollen, dass soziale Spaltungen zwischen jung und alt, zwischen arm und reich und zwischen Ost und West nicht noch weiter zunehmen. Deshalb darf es keine Politik geben, die nur unter neuen Vorzeichen weitere soziale Kürzungen vornimmt. Der Standort Deutschland muss vor allem ein lebenswerter Standort für die Menschen sein.

Die Volkssolidarität fordert von einer neuen Bundesregierung

- ein Programm für ältere Arbeitnehmer, das ihnen eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglicht und damit Schutz gegen Altersarmut bietet

- eine kinderfreundliche und Generationen übergreifende Familienpolitik

- ein Ende von Null und Minusrunden für Rentner

- einen Fahrplan zur endgültigen Überwindung unterschiedlicher Renten-Rechtsgebiete Ost und West

- eine gesundheitliche Versorgung für alle Bürger auf solidarischer Grundlage.

Wir wissen, dass unser Land vor vielen Herausforderungen steht. Diese Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn Politik wieder für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr solidarisches Miteinander sorgt.

Wir warnen dringend davor, Rentnerinnen und Rentnern, Familien und Alleinerziehenden sowie sozial benachteiligten Menschen neue und zusätzliche Belastungen aufzubürden...

\*

Aus „**Neues Deutschland**“ vom 1/2.10.05:  
**Ostdeutschland – eine zurückbleibende europäische Region? Ja!**

**Von Wolfgang Kühn**

... 15 Jahre später ist die wirtschaftliche, und soziale Bilanz für Ostdeutschland ernüchternd: Nimmt man das Jahr 1989 als Ausgangspunkt, so ist das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2004 auf 119 Prozent gestiegen, das entspricht einem jährlichem Wachstum von lediglich 1,2 Prozent. Die Annäherung an das westdeutsche Wirtschaftspotenzial verharbt bei etwa 64 Prozent, und die geringen positiven Änderungen von Jahr zu Jahr beruhen auf dem einfachen statistischen Effekt, dass durch Abwanderung und Geburtenausfall die Zahl der Bewohner Ostdeutschlands kontinuierlich sinkt und damit sich der Abstand lediglich rechnerisch verringert.

Gleichzeitig erfolgte in Ostdeutschland ein radikaler Strukturbruch. Insgesamt ging zwischen 1989 und 2004 die Zahl der Erwerbstätigen um 3,2 Millionen Personen zurück, das entspricht einem prozentualen Rückgang um 36 Prozent. Betroffen waren davon die Bereiche der Industrie (Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um 73 Prozent) und der Landwirtschaft (79 Prozent). Wie mit diesen »Zuwächsen« den Herausforderungen der Globalisierung entsprochen werden kann, bleibt ein Geheimnis neoliberaler Ökonomie...

\*

Aus einem Brief der **Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Hilfe** (GRH e. V.) an alle TAG:

**Betr.: Neues Rentenunrecht**

Mit dem AAÜG vom 21.06.2005 (BGBl.1 Nr.3 5, S. 1672) wird ein erheblicher Teil von Strafrentnern (ab E 3Gruppe) künftig nicht mehr von den verfassungswidrigen Begrenzungen betroffen sein ... Bei aller Genugtuung über den Wegfall eines Teils des Unrechts, unsere solidarische Haltung mit den weiterhin und neu betroffenen Strafrentnern sollte verstärkt werden ... Ungeachtet des mit der Entscheidung des BVerfG vom 23.06.2004 erlangten Teilerfolges bleibt die Ungleichbehandlung für Ostdeutsche im Rentenrecht in mehrfacher Hinsicht weiterhin bestehen. Verschiedene Gruppen, z.B. MfS-Angehörige, sind in besonders drastischer Weise davon betroffen. Neue Strafrentner kommen nun mit der Änderung des AAÜG hinzu. Mit dem AAÜG wird zwar die E 3-Regelung abgeschafft, allerdings wurde die bisherige Gehaltshöhe nun durch Abstrafungen wegen der Ausübung von Funktionen ersetzt. Wer einer der im Gesetz genannten neun Gruppen angehörte, wird für den betreffenden Zeitraum auf 1,0 Entgeltpunkte gekürzt. Damit erfolgt künftig eine analoge Kürzung wie bei MfS-Angehörigen. Mit dieser

**> Fortsetzung auf Seite 3**

**> Fortsetzung von Seite 2**

neuen Regelung des AAÜG wird auch die verfassungswidrige MfS-Kürzung zementiert. Darauf wird sogar indirekt in der Begründung des

AAÜG Bezug genommen. Einer der Hauptgründe der Neuregelung des AAÜG sei nämlich die "rechtliche und faktische Weisungsbefugnis

gegenüber dem MfS". Deshalb ist der Kampf gegen diese Neuregelung zugleich ein Beitrag gegen das Rentenunrecht für MfS-Angehörige...

Hans Bauer

**Der Vorstand teilt mit:****Vorstand und Beirat berieten zur Vorbereitung der Vertreterkonferenz**

Am 28.09.2005 tagten Vorstand und Beirat gemeinsam und berieten die Lage sowie noch erforderliche Maßnahmen in Vorbereitung der in sechs Wochen stattfindenden Vertreterkonferenz unseres Vereins.

Horst Parton gab einleitend eine Einschätzung zum Ergebnis der Bundestagswahlen und hob hervor, dass mit dem Einzug der Linkspartei/PDS mit 54 Abgeordneten in den Bundestag das wichtigste Wahlziel von ISOR erreicht und damit die politischen Bedingungen für den Kampf für soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung des Rentenstrafrechts verbessert werden konnten. Wir erwarten nun, dass die Linkspartei den Kampf gegen das Rentenstrafrecht in ihr 100-Tage-Programm aufnimmt und dazu auch auf ihrem 1. Parteitag im November Stellung bezieht.

Die Teilnehmer der Tagung nahmen mit Freude zur Kenntnis, dass die Professoren Dr. Axel Azola und Dr. Ernst Bienert die Erarbeitung einer juristischen Argumentation zum Nachweis der Verfassungswidrigkeit der im Juni 2004 geänderten Absätze 2 und 3 des § 6 AAÜG übernommen haben. Die Klagen bzw. die Reaktivierung ruhender Klagen in dieser Sache können sofort aufgenommen werden und es ist absehbar, dass die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes dazu in der zeitlichen Abfolge vor einer erneuten Verhandlung zum § 7

AAÜG fallen werden.

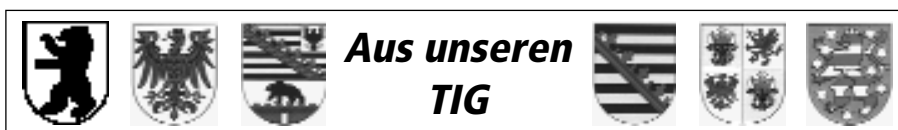
Nachdem die relevanten Archivunterlagen des Mdl und der NVA im Wesentlichen erschlossen und mit der Erschließung der bei der Birtler-Behörde lagernden einschlägigen Akten begonnen wurde, liegt nun ein arbeitsintensiver Prozess der vorgutachterlichen Auswertung dieses Materials im Zusammenhang mit der Klärung der Einkommensverhältnisse und der Qualifikationsstrukturen des MfS vor uns. Dabei sind auch noch weitere böswillig errichtete bürokratische Hürden zu überwinden.

Am 29.09.2005 erging ein ablehnender Bescheid der Birtler-Behörde zur Herausgabe statistischer Unterlagen zur Besoldung der MfS-Mitarbeiter mit Verweis auf das Bundesverwaltungsamt, eben jener Behörde, die uns in gleicher Sache zuvor an die Birtler-Behörde verwiesen hatte. Gegen diese Willkür hat der ISOR-Vorstand umgehend Widerspruch bei beiden Behörden eingelegt. Wir rufen alle Mitglieder auf, in Protestbriefen an beide Einrichtungen unsere Rechte als Bürger geltend zu machen. Dieser Protest muss nach erfolgter Regierungsbildung auf die Bundesministerien des Inneren sowie für Gesundheit und Soziales erweitert werden, beim Bundesministerium für Gesundheit und Soziales unter Bezugnahme auf die Untätigkeit hinsichtlich der Herausgabe von Vergleichsunterlagen aus der allgemeinen

Rentenberechnung für die Bevölkerung. Auch der Petitionsausschuss bleibt nach seiner Neukonstituierung in beiden Problemen für uns eine wichtige Adresse, zumal er uns ohnehin noch wichtige Antworten schuldig ist. In bewährter Weise wird der Vorstand in diesen Fragen Unterstützung und Hilfe anbieten.

Prof. Dr. Horst Bischoff erstattete den Bericht der Satzungskommission und schlug vor, diese Kommission als eine ständige Einrichtung des Vorstandes bestehen zu lassen, da sich gezeigt habe, dass neben Ergänzungen der Satzung auch deren Kommentierung helfen kann, auf herangereifte Probleme in der Arbeit des Vereins zu reagieren. Allen Delegierten wird eine Entscheidungsgrundlage zu den Satzungsfragen rechtzeitig zugehen.

Dem Vorstand liegen mehrere Anfragen aus TIG vor, die – ebenso wie unser Beiratsmitglied Wolfgang Henter aus Leipzig bei der gemeinsamen Beratung – bemängelten, dass sich unter den Kandidaten für den neuen Vorstand kein Vertreter der NVA befindet. Seitens des Vorstands gab es umfangreiche Bemühungen, einen solchen Kandidaten zu finden, die aus verschiedensten Gründen nicht erfolgreich waren. Gegenwärtig ist der Vorstand im Gespräch mit mehreren Freunden und rechnet mit Zustimmung zur Kandidatur.



Die Mitgliederversammlung der TIG **Oschatz** wählte einen neuen Vorstand- und nach dem Rechenschaftsbericht über die Ergebnisse der letzten Wahlperiode – den Freund Helmut Müller als neuen Vorsitzenden. Unser bisheriger Vorsitzender Arnold Papenfuß (83) wurde als Ehrenvorsitzender bestätigt. In der Diskussion wurde vorgeschlagen, zum Halbjahresbeitrag (15,60 Euro) die Differenz bis 20 Euro als Spende zur Konsolidierung der Vereinsfinanzen einzuzahlen, sofern, das auf freiwilliger Grundlage basiert. Der Vorstand ging bei der Kassierung für das 2. Halbjahr mit gutem Beispiel voran. Die monatlichen Vorstandssitzungen finden seit Juni in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS statt, wo uns der Raum kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Optimistisch klang die Versammlung aus mit der Zielstellung, weiterhin für die Beseitigung der Strafrechte zu kämpfen. **Jochen Brix**

\*

Veränderungen in der Tätigkeit der AG Recht der TIG **Rostock**.

Das Hauptanliegen war die Beratung unserer Mitglieder zu Fragen

- der Ansprüche und Anwartschaften aus Sonderversorgungssystemen,
- der Entgelt- und Überführungsbescheide,
- der unrechtmäßig geforderten Krankenkassenversicherungsbeiträge für 1991,
- der Erläuterung von Rentenbescheiden, der Abfassung und Formulierung von Widersprüchen und
- der Unterstützung bei der Einreichung von Klagen.

Dazu war in erster Linie erforderlich, dass sich die Mitarbeiter der AG Recht selbst erforderliche Kenntnisse aneigneten und sich intensiv mit den Hinweisen zu Rentenproblemen aus den Informationen von ISOR e.V. (i. G.) und später aus

„ISOR aktuell“ zu allen Fragen, die in den Beratungen von Bedeutung sein könnten, vertraut machen mussten. Eine ausgezeichnete Hilfe war dabei das von Boris Pannas als Mitglied der AG Recht seit dem Jahre 2002 erarbeitete Handbuch für alle Mitglieder der AG Recht. Es dient als Leitfaden für die Sprechstunde und hat die Probleme zu den für uns wichtigen Rechtsgebieten in Kurzform zum Inhalt. Neben grundsätzlichen rentenrechtlichen Informationen enthält es auch Informationen zum Stand der rechtlichen Auseinandersetzung mit der Gesetzgebung und der Rechtsprechung. Es wurde bis März 2005 ständig aktualisiert. Das erforderte einen erheblichen Aufwand an Zeit und ist nicht zuletzt auch eine Kostenfrage. Da die neuen gesetzlichen Regelungen, insbesondere auf dem Gebiet des Sozialrechtes sehr umfangreich sind, wurde auf eine fortlaufende Aktualisierung verzichtet, dafür wurden nur noch Hinweise auf überholte Inhalte gegeben. Durch die AG Recht wurden seit dem 5.10.1993 insgesamt 821 Be-

**> Fortsetzung auf Seite 4**